

## N i e d e r s c h r i f t

über die 16. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 13.10.2011  
- Öffentlicher Teil -

---

Sitzungsraum: Ratssaal  
Beginn: 17:05 Uhr  
Ende: 20:54 Uhr

Anwesend:

### **Bürgermeister**

Herr Daniel Zimmermann

### **Mitglieder der CDU-Fraktion**

Herr Günter Bosbach  
Herr Tim Brühland  
Herr Karl-Heinz Göbel  
Herr Heinz-Jürgen Goldmann  
Herr Markus Gronauer  
Frau Gabriele Hackel  
Herr Robert Helpenstell  
Herr Karl König  
Herr Bruno Kosmala  
Herr Reinhard Ockel  
Herr Harald Schlee  
Herr Peter Werner

### **Mitglieder der Fraktion Peto**

Herr Florian Große-Allermann  
Herr Torsten Kinzel  
Herr Karsten Köchling  
Frau Jana Lang  
Frau Janne Oberdieck  
Herr Andreas Piana  
Frau Lisa Riedel  
Herr Max Riedel  
Herr Lucas Risse  
Herr Michael Strauss  
Herr Jens Timmermann  
Herr Sven Timmermann

### **Mitglieder der SPD-Fraktion**

Frau Petra Arend-Karl  
Herr Alaattin Bayrak  
Herr Werner Goller  
Herr Roland Gunia

Herr Thomas Heinen  
Herr Helmut Nieswand  
Frau Ursula Schlöber  
Herr Alexander Schumacher

### **Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

Herr Manfred Poell  
Frau Andrea Stamm  
Herr Dr. Norbert Stapper bis 20:40 Uhr (bei TOP 19)

### **Mitglieder der FDP-Fraktion**

Herr Ulrich Anhut  
Frau Marion Prondzinsky-Kohlmetz bis 20:10 Uhr (bei TOP 15)  
Frau Dr. Doris Schröder-Weber

### **Linke**

Herr Benjamin Daniel Kenzler

### **parteilos**

Frau Lilo Friedrich

### **Rechnungsprüfung**

Herr Harald Beier

### **von der Verwaltung**

Herr Andreas Apsel  
Frau Annette Berg  
Herr Martin Frömmer  
Herr Manfred Hein  
Herr Max Herrmann  
Herr Kurt Hundenborn  
Herr Guido Krämer  
Herr Edgar Lenz  
Herr Roland Liebermann  
Herr Georg Thomanek  
Herr Uwe Trost  
Frau Marion Warden  
Herr Thomas Waters

### **Gast**

Herr Dr. Jochen Heide

### **Schriftführerin**

Frau Beate Hellingrath

Entschuldigt fehlten:

### **von der Verwaltung**

Frau Gisela Herforth

## TAGESORDNUNG

### I. Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Kenntnisnahme der Niederschrift der 15. Sitzung des Rates vom 20.07.2011 - öffentlicher Teil -
3. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner
4. Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen VIII/0682
5. Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW - "Bürgerantrag" von Anwohnern der Straße Schellberg vom 12.12.2010 zur Änderung der Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung der Straßenreinigungsgebühren vom 16.12.2008 VIII/0472/3  
  
Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner (2. Unterbrechung)
6. Winrich-von-Kniprode-Grundschule VIII/0670  
Erweiterung der Nutzungsmöglichkeit der Turnhalle als Versammlungsstätte
7. Gestalterisches Revitalisierungsprogramm Historische Altstadt VIII/0662  
- Erhaltungssatzung gem. § 172 Abs.1 Nr.1 BauGB  
- Denkmalebereichssatzung gem. § 5 DSchG NW "Historischer Kern der Altstadt"  
- Gestaltungsbeirat
8. Strategiekonzept der Altenburg Unternehmensberatung GmbH VIII/0691  
für die Allwetterbad der Stadt Monheim am Rhein GmbH
9. Genehmigung einer dringlichen Entscheidung gem. § 60 Abs. VIII/0696  
1 GO NRW  
Einführung eines "SozialTickets" im VRR als Pilotprojekt
10. Wirtschaftsplan 2012ff. der Bibliothek Monheim am Rhein VIII/0669  
gemeinnützige Gesellschaft mbH
11. Verleihung des Integrationspreises 2011 der Stadt Monheim VIII/0632  
am Rhein
12. Antrag der SPD-Fraktion vom 10.10.2011 VIII/0678/1
13. Antrag der CDU-Fraktion "Neuverteilung von Bänken und Ab- VIII/0690

fallbehältern im Naturschutzgebiet Baumberger Aue"

- |       |   |           |
|-------|---|-----------|
| 14.   | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen "Ermöglichung einer aktiven Bürgerbeteiligung für den kommenden Haushaltsplan"                          | VIII/0695 |
| 15.   | Antrag der CDU-Fraktion vom 27.09.2011 "Einrichtung eines Schuleinzugsbereichs für die Peter-Ustinov-Gesamtschule"                                | VIII/0697 |
| 16.   | Ulla-Hahn-Haus<br>Maßnahmenbeginn und Freigabe von Haushaltsmitteln   | VIII/0698 |
| 16.1. | Antrag zur Sache der Fraktion B90/Die Grünen "Änderung des baulichen Konzeptes Ulla-Hahn-Haus"  |           |
| 17.   | I. Rechenschaftsbericht 2010 zum Klimaschutz<br>II. Klimaschutzmaßnahmen für das Jahr 2011  | VIII/0122 |
| 18.   | Nachwahlen, Umbesetzung von Mitgliedern in Ausschüssen und Gremien sowie Bestimmung einer Nachfolgerin/eines Nachfolgers für den Ausschussvorsitz | VIII/0694 |
| 18.1. | Vertretung des Kinder- und Jugendringes im Jugendhilfeausschuss   | VIII/0701 |
| 19.   | Mündliche Mitteilungen  |           |
| 19.1. | Zusätzliche Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport   |           |
| 19.2. | Mitteilung im Zusammenhang mit dem Rückbau der Sportanlage Am Kielsgraben   |           |
| 19.3. | Straßenbaumaßnahme im Bereich der Körnerstraße im Zusammenhang mit dem Monheimer Tor  |           |
| 20.   | Mündliche Anfragen  |           |
| 20.1. | Anfrage des Rats Herrn Bosbach - CDU - zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2012   |           |
| 20.2. | Anfrage des Rats Herrn Gronauer - CDU - zum Planungsstand des Bebauungsplangebietes Baumberg-Ost  |           |
| 20.3. | Anfrage des Rats Herrn Poell - B90/Die Grünen - zu mangelhaften Abrechnungsbescheiden des Fernwärmelieferanten RWE Favorit                        |           |
| 20.4. | Anfrage von Ratsfrau Schlößer - SPD - Termin für der Einbringung des Haushaltsplanes 2012   |           |

## **SITZUNGSERGEBNIS:**

### **In öffentlicher Sitzung**

#### **1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

Der Bürgermeister eröffnet die 16. Sitzung des Rates und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Er weist auf die Erweiterungen der Tagesordnung um folgende Tagesordnungspunkte hin:

TOP 16 „Ulla-Hahn-Haus“, Vorlage VIII/0698, wurde am 10.10.2011 in die Fächer verteilt,

TOP 17 (neu) "Rechenschaftsbericht zum Klimaschutz / Klimaschutzmaßnahmen", Vorlage VIII/0122, wurde versehentlich in der Einladung im nichtöffentlichen Teil aufgeführt.

Die weiteren Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Weiterhin bittet der Bürgermeister die Tagesordnung um die Tischvorlage „Antrag zur Sache der Fraktion B90/Die Grünen zu TOP 16 „Ulla-Hahn-Haus““ zu erweitern. Die Beratung dazu soll bei Tagesordnungspunkt 16 erfolgen. Der Antrag wurde den Ratsmitgliedern vor der Sitzung an die Plätze verteilt.

Weiterhin weist der Bürgermeister auf weitere Unterlagen hin, die den Ratsmitgliedern am 10.10.2011 nachgereicht wurden:

zu TOP 12, „Antrag der SPD-Fraktion“, Vorlage VIII/0678/1, modifizierter Antrag,

zu TOP 18 (alt 16), „Nachbesetzung, Umbesetzung von Mitgliedern in Ausschüssen und Gremien sowie Bestimmung einer Nachfolgerin/eines Nachfolgers für den Ausschussvorsitz“, Vorlage VIII/0694,

zu TOP 18.1, „Vertretung des Kinder- und Jugendringes im Jugendhilfeausschuss“, Vorlage VIII/0701.

Die Anlage zu Vorlage VIII/0694 wurde vor der Sitzung auf die Plätze verteilt.

Gegen die vorgelegte Tagesordnung mit den durch den Bürgermeister vorgetragenen Erweiterungen und Hinweisen ergeben sich keine Bedenken.

#### **2 Kenntnisnahme der Niederschrift der 15. Sitzung des Rates vom 20.07.2011 - öffentlicher Teil -**

Die Niederschrift wird zur Kenntnis genommen.

#### **3 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner**

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die Sitzung sowohl jetzt als auch um 18:00 Uhr bzw. nach Abhandlung des dann laufenden Tagesordnungspunktes für die Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner unterbrochen werde.

Es liegen keine Wortmeldungen von Einwohnerinnen und Einwohnern vor.

**4 Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen  
Vorlage: VIII/0682**

Der Rat nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**5 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW - "Bürgerantrag" von Anwohnern der Straße Schellberg vom 12.12.2010 zur Änderung der Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung der Straßenreinigungsgebühren vom 16.12.2008  
Vorlage: VIII/0472/3**

Die Verwaltung erläutert die Vorlage und bezieht sich in ihren Ausführungen auf die zu diesem Thema gemachten Äußerungen in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses. Bei Erlass der Satzung durch den Rat seien allgemein gültige Kriterien aufgestellt worden. Würde von diesen Kriterien abgewichen, verstoße man damit gegen das Willkürverbot. Anhand von Fotos werden beispielhaft Straßen vorgestellt, für die eine städtische Reinigungspflicht entstände, sollte dem Antrag der Anwohner der Straße Schellberg stattgegeben werden. Lediglich eine Satzungsänderung für die Straße Schellberg vorzunehmen, verstoße gegen den Gleichheitsgrundsatz und sei dadurch rechtswidrig. Abschließend weist die Verwaltung noch auf die immensen Kosten hin, die durch eine Satzungsänderung entstünden. Diese Kosten müssten auf alle Bürgerinnen und Bürger umgelegt werden.

Der Sprecher der CDU-Fraktion erklärt, dass die Straße Schellberg eine Ausnahme darstelle und nicht mit anderen Straßen zu vergleichen sei. Deshalb würde bei einer Zustimmung des Antrages kein Präzedenzfall geschaffen. Er weist noch darauf hin, dass ausschließlich der Winterdienst zur Debatte stehe. Die Straßenreinigung solle weiterhin durch die Anlieger vorgenommen werden. Aus vorgenannten Gründen werde seine Fraktion dem Bürgerantrag zustimmen.

Auch die Sprecherin der FDP-Fraktion erklärt die Zustimmung ihrer Fraktion zu dem Antrag und weist auf die Diskussion im Haupt- und Finanzausschuss hin.

Der Sprecher der SPD-Fraktion nimmt Bezug auf die Ausführungen seiner Vorredner und stellt fest, dass auch die SPD-Fraktion dem Bürgerantrag zustimmen werde. Man teile nicht die Meinung der Verwaltung, dass ein Präzedenzfall geschaffen würde. Das spezielle an diesem Fall sei der Zusammenhang zwischen der Menge und der Art der Verkehrsbewegungen im Verhältnis zur Ausgestaltung der Straße. Ein vergleichbares Zusammentreffen sei in den von der Verwaltung vorgestellten Beispielen nicht erkennbar.

Im Anschluss erklärt der Sprecher der Fraktion B90/Die Grünen, dass seine Fraktion dem Bürgerantrag nicht zustimmen werde, weil die Ausführungen der Verwaltung sowohl in den vorberatenden Ausschüssen als auch heute insgesamt überzeugend seien.

Die Sprecherin der PETO-Fraktion stimmt ihrem Vorredner zu und erklärt, dass auch ihre Fraktion dem Antrag nicht zustimmen werde.

Der Bürgermeister bittet Herrn Dr. Heide noch um eine kurze rechtliche Stellungnahme zu dem Thema.

Herr Dr. Heide führt aus, dass die beantragte Satzungsänderung grundsätzlich möglich sei. Allerdings nur unter der Voraussetzung, wenn alle gleichgelagerten Fälle gleichbehandelt würden. Nach dem Gesetz sei eine Übertragung der Reinigungspflicht möglich. Das einzig zugrunde liegende Kriterium laute dabei: Zumutbarkeit nach den Verkehrsverhältnissen. Auf die Art der Fahrzeuge, Ausgestaltung der Straße und anderer Umstände käme es bei dem Vorliegen gleicher Voraussetzungen nicht an. Er weist darauf hin, dass durch eine Zustimmung zu dem Bürgerantrag ein erhebliches rechtliches Problem entstehe, welches sich nicht nur auf den Satzungsbeschluss beziehe, sondern das auf alle bisher erlassenen Grundbesitzabgabenbescheide durchschlage.

Eine Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag von Ratsherrn Helpenstell - CDU - auf „Schluss der Aussprache“ erübrigt sich, weil keine weiteren Wortmeldungen vorliegen.

Der Bürgermeister stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

### **Beschluss**

Der Rat lehnt den Bürgerantrag ab.

#### **Abstimmungsergebnis:**

17 Ja-Stimmen: 12 PETO, 3 B90/Die Grünen, 1 Linke, 1 BM  
24 Nein-Stimmen: 12 CDU, 8 SPD, 3 FDP, 1 Frau Friedrich

### **mehrheitlich abgelehnt**

#### **Anschließend stellt der Bürgermeister den geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung:**

Der Rat entspricht dem Bürgerantrag, in dem die Antragsteller von der Winterdienstpflicht befreit werden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

24 Ja-Stimmen: 12 CDU, 8 SPD, 3 FDP, 1 Frau Friedrich  
17 Nein-Stimmen: 12 PETO, 3 B90/Die Grünen, 1 Linke, 1 BM

### **mehrheitlich zugestimmt**

Nach der Abstimmung erklärt der Bürgermeister, dass der Beschluss eingehend rechtlich überprüft und anschließend die Beanstandung des Beschlusses erfolgen werde.

### **Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner (2. Unterbrechung)**

Es liegen keine Wortmeldungen von Einwohnerinnen und Einwohnern vor.

## **6 Winrich-von-Kniprode-Grundschule Erweiterung der Nutzungsmöglichkeit der Turnhalle als Versammlungsstätte Vorlage: VIII/0670**

Der Sprecher der Fraktion B90/Die Grünen teilt mit, dass seine Fraktion die geplante Erweiterung der Nutzungsmöglichkeit der Turnhalle der Winrich-von-Kniprode-Schule ablehne. Besonders im Hinblick auf die Gleichbehandlung zu anderen Schulen, deren Turnhallen ebenfalls nicht als Versammlungsstätte genutzt und deshalb auf Alternativen verwiesen würden, wolle man der Nutzungsänderung nicht zustimmen. Dies umso weniger als die Bausubstanz deutlich schlechter sei als bei manch anderer Turn- und Sporthalle. Er regt an, zunächst für alle Monheimer Schulen, zumindest für alle Baumberger Schulen, ein nachhaltiges Gesamtkonzept zu entwickeln, bevor diese Maßnahme umgesetzt werde. Außerdem bittet er zu prüfen, ob die Möglichkeit bestehe, in Turn- und Sporthallen Räume abzutrennen, um so Räumlichkeiten zu schaffen, die nicht der Versammlungsstättenverordnung unterliegen würden. Letztlich vertritt er die Auffassung, dass es für die katholische Schule nicht unzumutbar sei, für Veranstaltungen Räumlichkeiten der katholischen Kirche zu nutzen.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion stellt im Laufe der Diskussion den Antrag, dem Rat eine Aufstellung für die Gesamtmaßnahme Winrich-von-Kniprode-Schule vorzulegen, um dann bei den Haushaltsplanberatungen Kenntnis über das Investitionsvolumen bzw. den Investitionsbedarf zu haben. Ihre Fraktion werde der Vorlage heute zustimmen. Für evtl. noch weitergehende Maßnahmen behalte man sich die letzte Entscheidung im Rahmen der Haushaltsplanberatungen vor.

Sowohl der Sprecher der PETO-Fraktion als auch der Sprecher der CDU-Fraktion erklären ihre Zustimmung zu der Vorlage, mit der die Verwaltung beauftragt werde, das erforderliche Planungs- und Genehmigungsverfahren durchzuführen. Es wird nochmals darauf hingewiesen, dass es sich um die einzige Schule handle, die nicht über einen Versammlungsraum verfüge. Der Sprecher der FDP-Fraktion hatte zuvor bereits gleichlautend argumentiert und erklärt, dass man nach dem Votum zum Erhalt der Schule, jetzt auch Möglichkeiten schaffen müsse, damit außersportliche Schulveranstaltungen in eigenen Räumen durchgeführt werden könnten.

Der Sprecher der CDU-Fraktion stellt noch fest, dass unabhängig von dieser Maß-



nahme die Verwaltung beauftragt werden solle, ein Gesamtkonzept zum Schulstandort Monheim am Rhein vorzulegen. Dies sei insbesondere im Hinblick auf die bisherigen Veränderungen, beispielhaft genannt werden die Armin-Maiwald-Schule, Leo-Lionni-Schule und Geschwister-Scholl-Schule, und zukünftig noch eintretende Veränderungen innerhalb der Schullandschaft Monheim unverzichtbar. Auch unterstütze er den Antrag der SPD-Fraktion auf Vorlage einer Gesamtkostenaufstellung für die Winrich-von-Kniprode-Schule für die Haushaltsplanberatungen.

Der Bürgermeister erklärt, dass derzeit an einem Gesamtschulentwicklungskonzept gearbeitet und dieses noch in diesem Jahr den Ratsmitgliedern vorgelegt werde.

Die Sprecherin der Fraktion B90/Die Grünen ist der Auffassung, dass die investive Maßnahme nicht beschlossen werden solle, solange nicht über die Schulentwicklungsplanung beraten worden sei. Sie dringt darauf, die durch ihr Fraktionsmitglied angesprochene Unterteilung von Turn- und Sporthallen eingehend zu prüfen. So erhalte man zwar kleinere Räumlichkeiten, diese würden jedoch keine Nutzungsänderung erforderlich machen.

Der Bürgermeister hält die durch die Fraktion B90/Die Grünen vorgeschlagene Methode der Unterteilung von Turnhallen in kleinere Räumlichkeiten mit dem Ziel, eine Versammlungsstätte mit einem Fassungsvermögen von unter 200 Personen zu erhalten, um bestimmte Vorschriften nicht anwenden zu müssen, für absolut unpraktikabel. Dies bedeute, dass Räumlichkeiten auf eine Fläche von unter 100 qm abgeteilt werden müssten, die dann nicht mehr für Schulveranstaltungen, an denen oftmals deutlich mehr als 200 Personen teilnahmen, geeignet wären.

### **Beschluss**

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung, das Genehmigungs- und Planungsverfahren für die Turnhalle der Winrich-von-Kniprode-Schule durchzuführen, insbesondere das Brandschutzkonzept zu entwickeln.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die erforderlichen Mittel in den Haushaltsplanentwurf einzustellen.

### **Abstimmungsergebnis:**

38 Ja-Stimmen	12 CDU, 12 PETO, 8 SPD, 3 FDP, 1 Linke, 1 Frau Friedrich, 1 BM
3 Nein-Stimmen	B90/Die Grünen

### **mehrheitlich zugestimmt**

7

### **Gestalterisches Revitalisierungsprogramm Historische Altstadt**

- Erhaltungssatzung gem. § 172 Abs.1 Nr.1 BauGB

- Denkmalbereichssatzung gem. § 5 DSchG NW "Historischer Kern der Altstadt"

- Gestaltungsbeirat

Vorlage: VIII/0662

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage und teilt mit, dass im Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen (ASUBV) vorberatend beschlossen wurde, dass Ratsmitglieder an den Sitzungen des Gestaltungsbeirates als beratende Mitglieder teilnehmen dürfen, um die Arbeit des Beirates transparenter zu gestalten. Die Verwaltung steht diesem Vorschlag positiv gegenüber und schlägt vor, den Beschluss dahingehend zu erweitern, dass in die Geschäftsordnung des Gestaltungsbeirates der Passus eingefügt werden solle, dass Ratsmitglieder das Recht haben, beratend an den Sitzungen des Gestaltungsbeirates teilzunehmen.

Der Sprecher der Fraktion B90/Die Grünen verweist auf die Beratung des ASUBV, in der man sich auf drei Ratsmitglieder verständigt habe. Er sei der Auffassung, dass, wenn man sich auf eine Anzahl der Ratsmitglieder festlegen wolle, man besser fünf beratende Ratsmitglieder für den Gestaltungsbeirat zulassen solle. Dann könne jede Fraktion dort vertreten sein.

Aufgrund dieses Vorschlags und dem weitergehenden Hinweis des Sprechers aus der PETO-Fraktion, dass doch jedes Ratsmitglied das Recht habe an jeder Ausschuss bzw. Gremiensitzung teilzunehmen und sich deshalb die Festlegung einer Zahl in der Geschäftsordnung erübrige, entwickelt sich eine kontroverse Diskussion über das Für und Wider einer Teilnahme und die Anzahl der beratenden Ratsmitglieder an dem Fachgremium.

Sprecher der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion erklären übereinstimmend, dass für dieses Gremium, das mit Fachleuten aus den Bereichen Architektur, Stadtplanung/Städtebau und Landschaftsplanung besetzt werden solle, eine Anzahl von drei Ausschussmitgliedern aus dem ASUBV, die durch den Rat benannt werden sollten, als ausreichend angesehen würden. Bei dem Gestaltungsbeirat handele es sich um ein unabhängiges Sachverständigengremium, welches den Rat und die Verwaltung bei ihrer Arbeit unterstützen solle. Die Relation zwischen Fachleuten und beratenden Mitgliedern müsse gewahrt werden.

Der Sprecher der FDP-Fraktion stellt fest, dass seine Fraktion die Denkmalbereichssatzung für ein „bürokratisches Monster“ halte und deshalb die Beschlussvorlage im Ganzen ablehne.

Nach der Diskussion lässt der Bürgermeister zunächst über zwei weitergehende Anträge zu Punkt 4 des Beschlusses abstimmen:

1. Abstimmung:

Ergänzung zu Nr. 2 Abs. 6 der Geschäftsordnung des Gestaltungsbeirates:

„Der Rat der Stadt Monheim am Rhein bestimmt 5 Mitglieder des Ausschusses für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen, die ohne Stimmrecht an den Sitzungen des Gestaltungsbeirates teilnehmen dürfen.“

#### **Abstimmungsergebnis:**

3 Ja-Stimmen	B90/Die Grünen
22 Nein-Stimmen	12 CDU, 8 SPD, 1 Linke, 1 Frau Friedrich
16 Enthaltungen	12 PETO, 3 FDP, 1 BM

## **mehrheitlich abgelehnt**

### 2. Abstimmung:

Ergänzung zu Nr. 2 Abs. 6 der Geschäftsordnung des Gestaltungsbeirates:

„Der Rat der Stadt Monheim am Rhein bestimmt 3 Mitglieder des Ausschusses für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen, die ohne Stimmrecht an den Sitzungen des Gestaltungsbeirates teilnehmen dürfen.“

### **Abstimmungsergebnis:**

22 Ja-Stimmen      12 CDU, 8 SPD, 1 Linke, 1 Frau Friedrich  
19 Enthaltungen      12 PETO, 3 FDP, 3 B90/Die Grünen, 1 BM

## **mehrheitlich zugestimmt**

Im Anschluss daran ruft der Bürgermeister zur Abstimmung über die Beschlussvorlage mit der Ergänzung zu Punkt 4 auf.

## **Beschluss**

1. Die Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Erhaltung der baulichen Anlagen in der Altstadt (Erhaltungssatzung) gemäß § 172 Abs.1 Nr.1 Baugesetzbuch (BauGB) wird beschlossen.
2. Die Satzung der Stadt Monheim am Rhein für den Denkmalsbereich „Historischer Kern der Altstadt“ gemäß § 5 Denkmalschutzgesetz NW (DSchG NW) wird beschlossen.
3. Die Einsetzung eines Gestaltungsbeirates wird beschlossen.
4. Die von der Verwaltung vorgelegte Geschäftsordnung des Gestaltungsbeirates wird beschlossen mit der Ergänzung in Nr. 2 Abs. 6, dass der Rat der Stadt Monheim am Rhein 3 Mitglieder des Ausschusses für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen bestimmt, die ohne Stimmrecht an den Sitzungen des Gestaltungsbeirates teilnehmen dürfen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, Vorschläge zur personellen Besetzung des Gestaltungsbeirates zu machen.
6. Die Verwaltung wird beauftragt die Satzung gemäß § 6 (3) des Denkmalschutzgesetzes NW der Oberen Denkmalbehörde zur Genehmigung vorzulegen und danach zeitnah öffentlich auszulegen und ortsüblich bekannt zu machen.

### **Abstimmungsergebnis:**

38 Ja-Stimmen      12 CDU, 12 PETO, 8 SPD, 3 FDP, 1 Linke,  
   1 Frau Friedrich, 1 BM  
3 Nein-Stimmen      3 B90/Die Grünen

## **mehrheitlich zugestimmt**

**8      Strategiekonzept der Altenburg Unternehmensberatung GmbH für die Allwetterbad der Stadt Monheim am Rhein GmbH**  
**Vorlage: VIII/0691**

## **Beschluss**

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt für das mona mare die in den Anlagen 1 und 2 dargestellten Tarifergänzungen ab dem 01.01.2012.

**einstimmig zugestimmt**

## **9 Genehmigung einer dringlichen Entscheidung gem. § 60 Abs. 1 GO NRW Einführung eines "SozialTickets" im VRR als Pilotprojekt Vorlage: VIII/0696**

Die Sprecherin der FDP-Fraktion teilt mit, dass ihre Fraktion sich bereits bei der Abstimmung über die Beschlussvorlage im Haupt- und Finanzausschuss enthalten habe. Ihre Fraktion stehe zu den Grundsätzen der Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit und man habe sich immer für Kostendeckung ausgesprochen. Da man die Kosten, die mit der Einführung des Sozialtickets verbunden seien und die sich ggf. ergebende Finanzierungslücke nicht bestimmen könne, werde ihre Fraktion der Vorlage heute nicht zustimmen.

## **Beschluss**

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein genehmigt gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW die dringliche Entscheidung des Haupt- und Finanzausschusses vom 29.09.2011 zur Einführung eines „SozialTickets“ im VRR als Pilotprojekt. Die dringliche Entscheidung wurde einstimmig beschlossen.

## **Abstimmungsergebnis:**

38 Ja-Stimmen 12 CDU, 12 PETO, 8 SPD, 3 B90/Die Grünen, 1 Linke, 1 Frau Friedrich, 1 BM  
3 Nein-Stimmen 3 FDP

**mehrheitlich zugestimmt**

## **10 Wirtschaftsplan 2012ff. der Bibliothek Monheim am Rhein gemeinnützige Gesellschaft mbH Vorlage: VIII/0669**

## **Beschluss**

Der Wirtschaftsplan 2012ff. der Bibliothek Monheim am Rhein gemeinnützige Gesellschaft mbH wird gemäß § 12 Absatz 2 des Gesellschaftsvertrages dem Rat der Stadt Monheim am Rhein vorgelegt.

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beauftragt den städtischen Vertreter der Bibliothek Monheim am Rhein gemeinnützige Gesellschaft mbH, den vorliegenden Wirtschaftsplan 2012ff. in der Gesellschafterversammlung zu verabschieden.

**einstimmig zugestimmt**

**11 Verleihung des Integrationspreises 2011 der Stadt Monheim am Rhein  
Vorlage: VIII/0632**

Die Sprecherin der SPD-Fraktion erklärt, dass durch die Jury wieder preiswürdige Vereine für den Integrationspreis vorgeschlagen wurden.

Sie schlägt allerdings vor, dass die Jury den Integrationspreis im nächsten und den kommenden Jahren an nur eine Institution oder Person vergeben solle, damit der nicht so hohe Geldbetrag von 1.000,00 EUR nicht geteilt werden müsse.

Der Bürgermeister erklärt, dass diese Anregung an die Jury weitergegeben werde.

**Beschluss**

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein verleiht den Integrationspreis 2011 nach einstimmigem Beschluss der Jury und gemäß den Richtlinien zur Vergabe des Integrationspreises an:

den

Verein für kulturelle und soziale Förderung der Mitbürger aus der Ägäis e. V., -  
Ägäischer Verein-

und an das

Projekt Frauensprachkurse „Frau lernt Deutsch!! an der Schule am Lerchenweg  
und an der Hermann-Gmeiner-Schule“, vertreten durch die Kursleiterinnen.

**einstimmig zugestimmt**

**12 Antrag der SPD-Fraktion vom 10.10.2011  
Vorlage: VIII/0678/1**

Der Bürgermeister erteilt dem Beigeordneten das Wort. Dieser berichtet über den derzeitigen Beratungsstand des Gesetzgebungsverfahrens zum Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt. Am 14. Oktober 2011 soll im Bundesrat über das Gesetz beraten werden. Der Sozialausschuss empfiehlt dem Bundesrat, dem Gesetzentwurf, auch wenn Änderungen eingearbeitet wurden, nicht zuzustimmen. Der Gesetzesentwurf solle dem Vermittlungsausschuss zugeleitet werden mit dem Ziel einer grundlegenden Überarbeitung.

Anschließend erläutert ein Sprecher der SPD-Fraktion den Antrag und macht deutlich, dass durch die zwischenzeitlich vorgenommenen Änderungen im Verlaufe der Beratungen des Gesetzgebungsverfahrens zwar Entschärfungen stattgefunden hätten, aber dass das geplante Gesetz weiterhin ein Gefahr für die Arbeitsmarktpolitik darstelle. Verschiedene Maßnahmen könnten nicht mehr gefördert werden und damit ergäben sich ganz konkret negative Auswirkungen auf die Situation in Monheim. Abschließend weist er noch auf eine redaktionelle Änderung hin. Der dritte Absatz auf Seite 2 der Resolution solle gestrichen werden.

Der Sprecher der CDU-Fraktion erklärt, dass der vorgeschlagenen Resolution bei-

getreten werden könne. Er bittet jedoch um Einfügung eines zusätzlichen Absatzes, in dem der Rat feststellt, dass in dem Gesetz der Verzicht auf die Kriterien „öffentliches Interesse“ und „Zusätzlichkeit“ unerlässlich sei. Durch die starke Ausrichtung der öffentlich geförderten Beschäftigung auf die vorgenannten Kriterien bestehe die Gefahr, dass arbeitsferne Beschäftigungsverhältnisse mit geringen Qualifizierungseffekten und eingeschränkter Integrationswirkung geschaffen würden. Er verliert den Test, der als vorletzter Absatz in die Resolution eingefügt werden solle.

Die Sprecherinnen der Fraktionen von SPD und B90/Die Grünen stimmen dieser Ergänzung gerne zu. Es wird angeregt, die letzten beiden Absätze der Resolution durch Fettdruck deutlich hervorzuheben.

Der Bürgermeister stellt die Resolution mit der Ergänzung zur Abstimmung.

### **Beschluss**

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt die nachstehende Resolution zum geplanten Gesetz der Bundesregierung zur Neugestaltung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente:

### **Resolution:**

Die Bundesregierung plant eine umfassende Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente. Ein entsprechender Entwurf dieser Reform befindet sich derzeit im Gesetzgebungsverfahren. Die geplante Reform wird dazu führen, dass die öffentlich geförderte Beschäftigung in einer Kombination von zulässiger, Sinn stiftender Arbeit mit notwendiger sozialpädagogischer Betreuung und fachlicher Anleitung nicht mehr im bewährten Umfang durchgeführt werden kann.

So ist vorgesehen, die Fördermittel, die Beschäftigungsträger für die Betreuung und Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen erhalten, erheblich abzusenken. Damit besteht Gefahr, dass eine qualifizierte Betreuung nicht mehr finanziert werden kann. Kontraproduktiv ist zudem die Beschränkung der öffentlich geförderten Beschäftigung auf ausschließlich zusätzliche, im öffentlichen Interesse liegende und wettbewerbsneutrale Tätigkeitsfelder. Durch die Festschreibung dieser Kriterien können zukünftig allein nur arbeitsmarktferne Tätigkeiten gefördert werden. Arbeitsmarktnahe Arbeitsfelder sind jedoch eine zwingende Voraussetzung für eine gelingende Integration in den Arbeitsmarkt. In realitätsfernen Scheinwelten und ohne sozialpädagogische Begleitung wird es zukünftig nicht mehr möglich sein, Menschen, die lange arbeitslos waren, fit für den ersten Arbeitsmarkt zu machen. Auch arbeitsmarktferne junge Menschen erhalten dann keine zweite Chance mehr. Menschen mit Vermittlungshemmnissen bleiben sich selbst überlassen und werden lebenslang alimentiert.

Die geplante Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente erkennt, dass der erfreuliche Rückgang der Arbeitslosenzahlen nicht annähernd bei solchen Arbeitssuchenden zu beobachten ist, die länger als 12 Monate ohne Beschäftigung sind und/oder ein persönliches Vermittlungshemmnis haben.

Diese Gruppe wird mit der angestrebten Arbeitsmarktreform von arbeitsmarktpoli-

tischen Förderungen weitgehend abgeschnitten. Langzeitarbeitslose Menschen müssen zumeist vielfältige Problemlagen meistern, bevor sie wieder in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden können. Messlatte für eine erfolgreiche Integrationsarbeit kann deshalb nicht allein die Vermittlung in Arbeit sein. Hilfe für diese Menschen bedeutet, sich ihre individuellen Notlagen anzunehmen.

Die hier in Monheim am Rhein lebenden Langzeitarbeitslosen wären von der geplanten Gesetzesänderung besonders betroffen.

Viele bewährte Maßnahmen zur Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt müssten eingestellt werden. Die Bundesregierung zerschlägt mit dieser arbeitsmarktpolitischen Reform etablierte und erfolgreich arbeitende Strukturen im Kreis Mettmann. Die finanziellen Auswirkungen auf die Stadt Monheim am Rhein und den Kreis Mettmann können zum jetzigen Zeitpunkt nicht eingeschätzt werden.

Bereits zahlreiche Städte in unserer Region haben sich mit einer entsprechenden Resolution gegen die beabsichtigte Reform der Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung ausgesprochen.

**Bei der Beibehaltung der Kriterien Zusätzlichkeit und Öffentliches Interesse in § 16 Abs. 2 des Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt ist es nicht möglich, Arbeitsgelegenheiten an den Anforderungen des allgemeinen Arbeitsmarktes auszurichten und als Bestandteil einer mittelfristig angelegten Integrationsstrategie zu nutzen. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein hält es im Interesse der betroffenen Bürgerinnen und Bürger seiner Stadt für unerlässlich, das oben genannte Gesetz in diesen Punkten nachzubessern und auf die Kriterien Öffentliches Interesse und Zusätzlichkeit zu verzichten.**

**Die Mitglieder des Rates der Stadt Monheim am Rhein appellieren daher an die Mitglieder des Bundestages und an den Bundesrat, auf die beabsichtigten Kürzungen und Einschränkungen zu verzichten und die geplante Arbeitsmarktreform im Sinne dieser Resolution zu überdenken und zu überarbeiten.**

**einstimmig zugestimmt**

**13 Antrag der CDU-Fraktion "Neuverteilung von Bänken und Abfallbehältern im Naturschutzgebiet Baumberger Aue"  
Vorlage: VIII/0690**

Der Sprecher der antragstellenden Fraktion erläutert kurz den Antrag und schlägt vor, diesen zur eingehenden Beratung in den zuständigen Fachausschuss zu verweisen.

Dagegen ergeben sich keine Bedenken.

**Beschluss:**

Der Rat verweist den Antrag der CDU-Fraktion zur eingehenden Beratung in den Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen.

**einstimmig zugestimmt**

**14      Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen "Ermöglichung einer aktiven  
Bürgerbeteiligung für den kommenden Haushaltsplan"  
Vorlage: VIII/0695**

Die Sprecherin der Fraktion B90/Die Grünen erläutert ausführlich den Antrag und weist auf die Vorteile einer Online-Bürgerbeteiligung hin.

Der Sprecher der CDU-Fraktion stimmt dem Antrag grundsätzlich zu. Er stellt gleichzeitig die Frage, in welcher Art und Weise die Forderungen aus dem Antrag umgesetzt und ob hinsichtlich der "unmittelbaren Bürgerrelevanz" Schwerpunkte gesetzt werden sollen und welche Kosten für die Auswertung und Dokumentation entstehen würden.

Der Bürgermeister erklärt, dass der Verwaltung zum Online-Bürgerhaushalt noch keine Erfahrungswerte vorlägen und deshalb keine Angaben gemacht werden könnten. Er schlägt vor, die Verwaltung zu beauftragen, für den nächsten Haupt- und Finanzausschuss eine Kostenermittlung hinsichtlich des entstehenden Personalaufwands und technischer Kosten vorzunehmen und vorzustellen. Anschließend erteilt der Bürgermeister Herrn Krämer das Wort, der über die Erfahrungen im Zusammenhang mit dem Bürgerhaushalt in den Haushaltsjahren 2000 bis 2004 berichtet. Er weist insbesondere auf die nicht unerheblichen Personalkosten hin, die durch das Beteiligungsinstrument Bürgerhaushalt entstanden seien und die auch wieder erwartet würden.

Im Anschluss an die Ausführungen der Verwaltung erklären die Sprecherinnen der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion, dass der Antrag wegen der unmittelbaren Bürgerbeteiligung begrüßt werde. Die Sprecherin der FDP-Fraktion erklärt, dass durch den Online-Bürgerhaushalt eine größere Resonanz erzielt und durch Einsparungen aus Sparvorschlägen, der Kostenaufwand ggf. eingeschränkt werden könne. Die Sprecherin der SPD-Fraktion ergänzt, dass bewusst sei, dass ein Bürgerhaushalt ohne zusätzlichen Personalaufwand und -kosten nicht machbar sei, trotzdem werde man den Antrag unterstützen.

Der Sprecher der PETO-Fraktion erklärt, dass eine direkte Bürgerbeteiligung für sinnvoll angesehen werde. Er gibt aber zu bedenken, dass es sich hierbei nicht um eine Alibibeteiligung handeln dürfe. Die Daten müssten zwingend aufbereitet und nachbearbeitet werden. Er schlägt vor, das Thema Bürgerhaushalt in den Haupt- und Finanzausschuss zu verweisen. Die Verwaltung solle dort eine grobe konzeptionelle Darstellung mit Kostenaufstellung zur Beratung vorlegen.

Der Bürgermeister antwortet auf die Frage zur Zulässigkeit der Durchführung dieser freiwilligen Aufgabe, dass die Aufsichtsbehörde diese Aufgabe in einem gewissen Rahmen sicher dulden würde. Er schlägt vor, dass heute der Rat den An-



trag zustimmend zur Kenntnis nimmt und die Verwaltung beauftragt werden sollte, ein auf Monheim zugeschnittenes Konzept unter Darlegung der Personalstunden und einer Aufwandskalkulation im nächsten Haupt- und Finanzausschuss vorzustellen. Danach habe die Abwägung über die Durchführung dieser freiwilligen Maßnahme, insbesondere unter Berücksichtigung der Kosten, zu erfolgen.

Der Sprecher der CDU-Fraktion schlägt vor, den Begriff "unmittelbar bürgerrelevante Maßnahmen" aus dem Antrag der Fraktion B90/Die Grünen dahingehend zu konkretisieren, dass man darunter die fünf Leitziele fassen könne, die der Rat beschlossen habe. An strategischen Zielen sollten die Schwerpunkte hinsichtlich der Beteiligung am Bürgerhaushalt ausgerichtet werden. Hiermit könnten konkretere Ergebnisse im Rahmen der Bürgerbeteiligung erwartet werden.

Der Bürgermeister hält fest, dass die Anregung zu den strategischen Zielen mit aufgenommen werde. Abschließend formuliert er den Beschlussvorschlag und stellt diesen zur Abstimmung.

### **Beschluss**

Der Rat nimmt den Antrag der Fraktion B90/Die Grünen zustimmend zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Konzeptvorschlag zu erarbeiten und mit den entstehenden Kosten zu hinterlegen und diesen im nächsten Haupt- und Finanzausschuss zu präsentieren.

### **einstimmig zugestimmt**

## **15 Antrag der CDU-Fraktion vom 27.09.2011 "Einrichtung eines Schuleinzugsbereichs für die Peter-Ustinov-Gesamtschule" Vorlage: VIII/0697**

Der Sprecher der CDU-Fraktion begründet eingehend den Antrag. Durch das Steuerungselement „Bildung eines Schuleinzugsbereiches für die Peter-Ustinov-Gesamtschule (PUG)“ erwarte man eine vorrangige Aufnahme von Monheimer Schülerinnen und Schüler an der Gesamtschule. Abgesehen von der derzeitigen Schuldiskussion wegen der Einrichtung einer Sekundarschule, in die die Realschule dann aufgehen würde, ergäben sich immer wieder Beschwerden Monheimer Eltern, wenn ihre Kinder zugunsten Schülerinnen und Schüler aus Nachbargemeinden abgewiesen würden.

Die Verwaltung gelangt bei der Bewertung der durch die Antragstellerin zitierten rechtlichen Grundlagen zu einer anderen Auffassung. Zur Darlegung erteilt der Bürgermeister Herrn Dr. Heide das Wort. Zu Beginn stellt er klar, dass die Entscheidung über die Aufnahme eines Schülers nur durch die Schulleitung entschieden würde. Der Schulträger habe diesbezüglich keine Kompetenzen. Grundlage für die Entscheidung würde getroffen nach den Bestimmungen des Schulgesetzes und im Rahmen der Schulentwicklungsplanung. Der als Begründung für den Antrag herangezogene § 84 des Schulgesetzes sei umstritten. Im Gesetzgebungsverfahren sei nie in der Diskussion gewesen, einen Schuleinzugsbereich für ein

Stadtgebiet zu schaffen, um auswärtige Schüler ausschließen zu können. Es war beabsichtigt, innerhalb eines Stadtgebietes Strukturen auszugleichen. Die Schulentwicklungsplanung sollte durch die Bildung von Schuleinzugsbereichen unterstützt werden. Der Städte- und Gemeindebund habe auf Nachfrage mitgeteilt, dass noch keine Kommune einen Schuleinzugsbereich für ihr Stadtgebiet eingerichtet habe. Das durch die Antragstellerin angeführte Beispiel der Aufnahmepraxis der Gesamtschule Langenfeld/Hilden träfe nicht zu. Ein Schuleinzugsbereich wurde dort nicht gebildet, sondern es wurden Aufnahmebedingungen im Rahmen einer Verbandssatzung geregelt. Er weist abschließend darauf hin, dass bisher keine Entscheidung durch Verwaltungs- oder Oberverwaltungsgerichte existiere, die sich damit befasse, ob die Bildung eines Schuleinzugsbereiches für ein komplettes Gemeindegebiet zulässig sei. Er macht abschließend nochmals seine Einschätzung deutlich, wonach hiermit ein rechtlich fragwürdiges Steuerungsinstrument installiert würde.

Im Anschluss an diese Ausführungen erklären Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen von PETO, FDP und B90/Die Grünen, dass dem Antrag nicht gefolgt werde. Folgende Gründe seien u.a. für die Entscheidung ausschlaggebend: das bisher praktizierte Anmeldeverfahren der Gesamtschule sei rechtlich nicht zu beanstanden gewesen, die Intensivierung der interkommunalen Zusammenarbeit würde konterkariert, wenn Monheim sich nach außen hin abschotten würde, der Elternwille nach freier Schulwahl würde unterlaufen und die Bildung eines Schuleinzugsbereiches für das gesamte Stadtgebiet sei rechtlich nicht zweifelsfrei.

Im weiteren Verlauf der Debatte stellt der Sprecher der CDU-Fraktion fest, dass durch den Antrag sichergestellt werden solle, dass Monheimer Schülerinnen und Schüler in Monheim beschult werden sollen. Er stellt nochmals heraus, dass seine Fraktion eine andere Auffassung zur Schullandschaft vertrete als die anderen Fraktionen. Zusätzlich gibt er noch den Hinweis auf das Gesetzgebungsverfahren des Schulgesetzes, wonach die Kommunen die Bildung von Schuleinzugsbereichen als Steuerungsinstrument nutzen sollten.

Herr Dr. Heide stellt klar, dass das rechtliche Problem dahingehend bestehe, dass § 84 SchulG nicht für die Bildung eines Schuleinzugsbereiches über das komplette Stadtgebiet angewendet werden könne.

Der Sprecher der SPD-Fraktion stellt heraus, dass seine Fraktion aus schulpolitischen Gründen dem Antrag nicht folgen könne. Die SPD-Fraktion wirft der Antragstellerin vor, das Steuerungsinstrument „Schuleinzugsbereich“ für die schulpolitische Diskussion zu missbrauchen, um die Einführung einer Sekundarschule zu verhindern. Wenn die Redner der antragstellenden Fraktion erklärten, ihnen sei daran gelegen, dem Elternwillen nach einer Beschulung der Monheimer Schülerinnen und Schüler an Monheimer Schulen mit der Einrichtung eines Schuleinzugsbereiches nachzukommen, dann hätte der Antrag konsequenterweise auch für das Otto-Hahn-Gymnasium gelten müssen.

Hinweis zum Protokoll: Ratsfrau Prondzinsky-Kohlmetz verlässt um 20:10 Uhr die Sitzung.

In der anschließend kontrovers geführten Diskussion stellen nochmals Sprecher aller Fraktionen ihre unterschiedliche Meinung zu diesem Thema und der zukünftigen Schulentwicklung in Monheim am Rhein heraus. Dabei wird von den Nichtbefürwortern des Antrages u.a. auf den erfragten Elternwillen nach einer Ganztagsbeschulung hingewiesen. Die antragstellende Fraktion macht deutlich, dass sie nicht die Sekundarschule verhindern, sondern die Realschule erhalten wolle.

Frau Friedrich - parteilos - meldet sich mit einem Geschäftsordnungsantrag zu Wort und stellt den Antrag auf „Ende der Debatte“. Zur Begründung führt Sie an, dass über diesen Tagesordnungspunkt nunmehr seit mehr als einer Stunde debattiert worden und nicht mehr mit neuen Erkenntnissen zu rechnen sei.

Der Bürgermeister stellt fest, dass die Rednerliste noch eine Wortmeldung der CDU-Fraktion vorsehe.

Auf Nachfrage des Bürgermeisters meldet sich kein Ratsmitglied zu Wort, um für den Geschäftsordnungsantrag zu sprechen.

Der Sprecher der CDU-Fraktion bittet Frau Friedrich noch drei Sätze ausführen zu dürfen, dann würde sich die Wortmeldung seines Fraktionsmitgliedes erübrigen. Frau Friedrich lehnt diese Bitte ab. Daraufhin meldet er an, gegen den Geschäftsordnungsantrag sprechen zu wollen und stellt fest, dass das seitens seiner Fraktion beantragte Steuerungselement der Bildung eines Schuleinzugsbereiches für die PUG selbstverständlich den Hintergrund habe, eine Sekundarschule zu verhindern.

#### **Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag: einstimmig**

Anschließend lässt der Bürgermeister über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen.

#### **Beschluss**

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beauftragt die Verwaltung durch Rechtsverordnung einen Schuleinzugsbereich für die Peter-Ustinov-Gesamtschule (PUG) einzurichten. Der Schuleinzugsbereich erstreckt sich dabei auf das ganze Stadtgebiet.

#### **Abstimmungsergebnis:**

12 Ja-Stimmen	CDU
28 Nein-Stimmen	12 PETO, 8 SPD, 3 B90/Die Grünen, 2 FDP, 1 Linke, 1 Frau Friedrich, 1 BM

#### **mehrheitlich abgelehnt**

Der Bürgermeister erläutert zunächst eingehend die Verwaltungsvorlage und weist auf den Antrag zur Sache der Fraktion B0/Die Grünen hin, über den gemeinsam mit der Beschlussvorlage beraten werden solle.

Die Sprecherin der Fraktion B90/Die Grünen erläutert umfassend den Antrag und stellt heraus, dass das inhaltliche Konzept durch ihre Fraktion mitgetragen werde. Wie bereits in der Vergangenheit werde das räumliche Konzept bemängelt. Ihre Fraktion plädiere für den Erhalt von Teilbereichen des Gebäudes als Erinnerungsbrücken.

Der Bürgermeister führt zum räumlichen Konzept aus, dass das Ulla-Hahn-Haus von außen ganz den Eindruck der 50er-Jahre widerspiegeln solle, im Inneren sei eine stringente Ausrichtung auf das Ulla-Hahn-Projekt vorgesehen. Die durch die Antragstellerin gesehenen Erinnerungsbrücken würden nach einer durchgeführten Ortsbesichtigung durch die Verwaltung nicht gesehen. Ergänzend teilt er mit, dass eine Änderung des räumlichen Konzeptes zwingend mit dem Fördergeber abgestimmt werden müsste. Aufgrund des jetzt vorliegenden Förderbescheides solle bereits in diesem Jahr mit dem Umbau begonnen und dieser dann im nächsten Jahr abgeschlossen werden. Eine Änderung des Konzeptes sei allein schon aus Zeitgründen nicht möglich.

#### **Abstimmung über den Antrag der Fraktion B90/Die Grünen:**

##### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, das bauliche Konzept Ulla-Hahn-Haus dahingehend zu ändern, dass in einem Teilbereich des Gebäudes „Erinnerungsbrücken“ erhalten bleiben, die einen Bezug zum historischen Kontext des von Ulla Hahn verfassten Buches „das verborgene Wort“, bzw. der dazugehörigen Folgebände herstellen.

##### **Abstimmungsergebnis:**

26 Nein-Stimmen	12 CDU, 12 PETO, 1 Frau Friedrich, 1 BM
3 Ja-Stimmen	B90/Die Grünen
11 Enthaltungen	8 SPD, 2 FDP, 1 Linke

##### **mehrheitlich abgelehnt**

Anschließend stellt der Bürgermeister die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

##### **Beschluss**

1. Der Rat zieht die Angelegenheit an sich.
2. Unter Hinweis auf die Beschlussfassung zu den Haushaltsplanberatungen 2011 wird die Zustimmung zur Freigabe der in den Haushalt 2011 unter Produkt 71.02.010, Maßnahme Ulla-Hahn-Haus I 7102.007 eingestellten Haushaltsmittel in Höhe von zunächst weiteren 78.200 €erteilt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, unmittelbar die Planung auf Grundlage

der mit Vorlage VIII/0544 vorgestellten Konzepte fortzuführen und die Maßnahme zu realisieren.

**Abstimmungsergebnis:**

37 Ja-Stimmen      12 CDU, 12 PETO, 8 SPD, 2 FDP, 1 Linke, 1 Frau Friedrich  
2 Nein-Stimmen    B90/Die Grünen  
1 Enthaltung      B90/Die Grünen

**mehrheitlich zugestimmt**

**16.1      Antrag zur Sache der Fraktion B90/Die Grünen "Änderung des baulichen Konzeptes Ulla-Hahn-Haus"**

Die Beratung und Abstimmung erfolgte gemeinsam mit dem vorhergehenden Tagesordnungspunkt.

**17      I. Rechenschaftsbericht 2010 zum Klimaschutz  
II. Klimaschutzmaßnahmen für das Jahr 2011  
Vorlage: VIII/0122**

**Beschluss**

- I.      Der Rechenschaftsbericht 2010 zum Klimaschutz wird zur Kenntnis genommen.
  
- II.     Die Verwaltung wird ermächtigt, die vorgeschlagenen Klimaschutzmaßnahmen für 2011 umzusetzen.

**einstimmig zugestimmt**

**18      Nachwahlen, Umbesetzung von Mitgliedern in Ausschüssen und Gremien sowie Bestimmung einer Nachfolgerin/eines Nachfolgers für den Ausschussvorsitz  
Vorlage: VIII/0694**

Die geplante Nachbesetzung im Ausschuss für Öffentliches und Soziales (AÖSA) mit einem weiteren sachkundigen Bürger durch die SPD-Fraktion hätte zur Beschlussunfähigkeit des Ausschusses geführt. Nach § 58 GO NRW darf die Zahl der sachkundigen Bürger die Zahl der Ratsmitglieder in den einzelnen Ausschüssen nicht erreichen. Ein Ausschuss ist nur beschlussfähig, wenn die Zahl der anwesenden Ratsmitglieder die Zahl der anwesenden sachkundigen Bürger übersteigt.

Die Sprecherin der PETO-Fraktion teilt mit, dass aufgrund einer Absprache zwischen den Fraktionen von PETO (bisher 4 sachkundige Bürger/innen) und SPD,

die sachkundige Bürgerin Birte Hauke - PETO-Fraktion - als ordentliches Mitglied aus dem AÖSA ausscheiden und das Ratsmitglied Karsten Köchling - PETO - nachrücken soll. Die Vertretungsliste im angesprochenen Ausschuss soll entsprechend verkürzt und die Reihenfolge angepasst werden.

Durch diese Umbesetzung erreicht die Zahl der sachkundigen Bürger im AÖSA nicht die Zahl der Ratsmitglieder.

#### **Beschluss**

1. Die Nach- und Umbesetzung der Ausschüsse und Gremien einschließlich der Ergänzung der stellvertretenden Ausschussmitglieder wird gemäß der beigefügten Anlage beschlossen. Die Anlage ist Bestandteil des Beschlusses.
2. Der Rat nimmt die Ersatzbenennung des Vorsitzenden im Ausschuss für öffentliche und soziale Angelegenheiten zur Kenntnis.

**einstimmig zugestimmt**

### **18.1 Vertretung des Kinder- und Jugendringes im Jugendhilfeausschuss Vorlage: VIII/0701**

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass im zweiten Satz der Beschlussempfehlung der Name von „Moritz Kupka“ in „Moritz Herzog“ geändert werden muss. Bei der Erstellung der Vorlage wurde versehentlich der falsche Name eingetragen.

#### **Beschluss**

Nach dem Ausscheiden von Herrn Mario Schwan wählt der Rat der Stadt Monheim am Rhein Herrn Marcus Kupka als stimmberechtigtes Mitglied für in den Jugendhilfeausschuss.

Dessen persönliche Stellvertretung wird von Herrn Moritz Herzog wahrgenommen.

**einstimmig zugestimmt**

### **19 Mündliche Mitteilungen**

#### **19.1 Zusätzliche Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport**

Der Bürgermeister teilt mit, dass am 06.12.2011, um 18:00 Uhr, in Absprache mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport eine Sitzung des BKS stattfinden soll. Die ursprünglich für den 23.11.2011 angesetzte Sitzung solle wegen der an diesem Tag stattfinden 17. Sitzung des Rates auf den späteren Termin verschoben werden. Er bittet um Vormerkung des Termins.

#### **19.2 Mitteilung im Zusammenhang mit dem Rückbau der Sportanlage Am Kielsgraben**

Der Bürgermeister nimmt Bezug auf Pressemitteilungen zu den Flutlichtmasten der rückgebauten Sportanlage Am Kielsgraben und teilt mit, dass die Masten verschrottet worden seien. Nähere Angaben zu den Gründen hierzu würden in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport dargelegt werden.

Er räumt das Versäumnis ein, dass die Ratsmitglieder nicht vorher über die Verschrottung der Masten informiert worden seien.

### **19.3 Straßenbaumaßnahme im Bereich der Körnerstraße im Zusammenhang mit dem Monheimer Tor**

Die Verwaltung teilt mit, dass im Zusammenhang mit der Baumaßnahme „Monheimer Tor“ die Einfahrt zur ehemaligen Körnerstraße aufgeweitet und eine Linksabbiegerspur eingerichtet werde. Der Beginn der Maßnahme sei für den 24.10.2011 vorgesehen. Die Dauer der Straßenbaumaßnahme, die eine halbseitige Sperrung des Berliner Rings erforderlich mache, betrage ca. drei Wochen. Die Sperrung werde durch eine Baustellenlichtsignalanlage vorgenommen. Der Parkplatz zum Rathauscenter II bleibe während der Baumaßnahme weiter erreichbar. Die Kosten der Straßenbaumaßnahme betragen ca. 50.000 EUR, die durch den Investor getragen würden.

## **20 Mündliche Anfragen**

### **20.1 Anfrage des Rats Herrn Bosbach - CDU - zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2012**

Rats Herr Bosbach - CDU - nimmt Bezug auf die Vorstellungen des Innenministeriums zu den Eckpunkten des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2012 (GFG). Aus einer Informationsbroschüre von NRW Kommunal könne er einige Veränderungen in den Eckpunkten und neue Ansätze ersehen. Er fragt an, ob die Verwaltung verschiedene Begrifflichkeiten wie z.B. Zentralitätsansatz, Sonderbedarfszuweisungen und andere den Ratsmitgliedern in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses erläutern könne. Gleichzeitig möge die Verwaltung darlegen, welche Konsequenzen sich für die Stadt Monheim aus dem neuen Gemeindefinanzierungsgesetz ergäben.

Der Kämmerer teilt mit, dass er diese komplizierte Materie gerne den Ratsmitgliedern vorstellen wolle. Die Begriffe könnten anhand des Bescheides des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik, mit dem die Schlüsselzuweisungen erfolgten, erklärt werden. Er werde eine entsprechende Präsentation für den nächsten Haupt- und Finanzausschuss vorbereiten.

Gleichzeitig weist er darauf hin, dass die Auswirkungen des GFG für die Stadt Monheim in 2012 nicht so erheblich seien, da die Stadt keine Schlüsselzuweisungen erhalte. Man sei abundant. Allerdings seien die Änderungen an den Eckpunkten des GFG für die Folgejahre nicht außer Betracht zu lassen.

### **20.2 Anfrage des Rats Herrn Gronauer - CDU - zum Planungsstand des Bebauungsplangebietes Baumberg-Ost**

Ratsherr Gronauer fragt nach dem derzeitigen Stand der Arbeiten am Bau- und Planungsgebiet Baumberg-Ost und erklärt, dass er Informationen dazu vermisst. Er bittet um einen schriftlichen Bericht, der Angaben enthalten solle zum derzeitigen Sachstand, zu den Vorstellungen des zukünftigen Zeitplanes und der Aussagen dazu treffen solle, inwieweit zwischenzeitlich Gespräche mit Grundstückseigentümern stattgefunden haben.

Der Bürgermeister sagt einen schriftlichen Sachstandsbericht zu.

**20.3      Anfrage des Ratsherrn Poell - B90/Die Grünen - zu mangelhaften Abrechnungsbescheiden des Fernwärmelieferanten RWE Favorit**

Ratsherr Poell teilt mit, dass er im Rahmen seiner Tätigkeit als Energieberater bei der Verbraucherberatung Langenfeld besonders in der letzten Zeit häufig mit fehlerhaften Gebührenbescheiden des Fernwärmeversorgers RWE Favorit konfrontiert werde. Er fragt an, ob die Möglichkeit seitens der Verwaltung bestehe, auf den Fernwärmelieferanten dahingehend einzuwirken, die Bescheide sorgfältiger zu erstellen bzw. die betroffenen Bürger durch Beratung zu unterstützen.

Der Bürgermeister teilt mit, dass dem Hinweis nachgegangen werde. Die Angelegenheit entziehe sich zwar der Zuständigkeit der Verwaltung und man habe keine Handhabe, um auf den Fernwärmelieferanten einzuwirken. Trotzdem könne Kontakt mit dem Fernwärmelieferanten aufgenommen werden, um das Thema zur Sprache zu bringen. Man werde den Hinweis auf jeden Fall an die LEG, die Hauptkunde des Versorgers sei, weitergeben.

**20.4      Anfrage von Ratsfrau Schlöber - SPD - Termin für der Einbringung des Haushaltsplanes 2012**

Ratsfrau Schlöber fragt nach, wann mit der Einbringung des Haushaltsplanes für das Jahr 2012 zu rechnen sei.

Der Bürgermeister teilt mit, dass dafür Ende Januar/Anfang Februar 2012 vorgesehen sei. Die Terminplanung für das Jahr 2012 stehe kurz vor dem Abschluss und werde danach kurzfristig den Fraktionen zur Abstimmung vorgelegt.

Der Bürgermeister schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und bedankt sich bei den Zuhörern.

---

Daniel Zimmermann  
Bürgermeister

---

Beate Hellingrath  
Schriftführerin